



Interviews

Datum: 23. November 2023, 6:50 Uhr

Philipp May im Gespräch mit Katja Mast, SPD, parlamentarische Geschäftsführerin

May: Es sind mal wieder Chaos-Tage in der Ampelkoalition, möglicherweise die chaotischsten überhaupt. Mindestens 60 Milliarden Euro aus dem Klimatransformationsfonds sind weg. Und auch eine Woche nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt es offenbar immer noch keinen Plan, wie es weitergeht. Die finale Bereinigungssitzung für den aktuellen Haushalt, die heute stattfinden sollte, die ist erst einmal verschoben worden. Wir hören von zahlreichen Krisensitzungen gestern. Und Katja Mast, die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Bundestag ist jetzt am Telefon. Guten Morgen, Frau Mast.

Mast: Guten Morgen, Herr May.

May: Der Bundeskanzler – wie hieß der noch gleich?

Mast: Olaf Scholz war gestern bei uns in der Fraktionssitzung und wir haben über die Situation miteinander gesprochen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist ja herausfordernd und anspruchsvoll und die Situation politisch nicht leicht. Und deshalb haben wir gesagt, wir verabschieden nicht in der nächsten Sitzungswoche den Haushalt, sondern versuchen ihn noch vor Jahresende zu verabschieden.

May: Aber dieser Olaf Scholz, von dem Sie sprechen, der ist ja schon wieder so unsichtbar. Der kommt zu Ihnen in die Fraktion, aber öffentlich erklären tut er sich nicht, also ob er gar nicht da wäre. Warum?

Mast: Na ja, Olaf Scholz hat ja direkt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sich erklärt, und zwar gemeinsam mit Robert Habeck und Christian Lindner. Das war ein wichtiges Signal, weil wir ja jetzt tatsächlich herausfordernde Dinge zu klären haben, damit wir einen verfassungskonformen Haushalt auch verabschieden. Und da

ist die ganze Koalition gefordert. Ich habe auch den festen Eindruck, dass wir das in der Koalition miteinander klären wollen und dazu ein Gesamtkonzept notwendig ist. Und wir haben ja dann in der nächsten Sitzungswoche sicher Gelegenheit, auch den Bundeskanzler dazu zu hören.

May: Na ja, aber man muss sich ja noch mal den ganzen Ablauf vor Augen führen. Olaf Scholz war vorher der Finanzminister. Der hat sich ja das ausgedacht mit den 60 Milliarden in den Klimatransformationsfonds. Der hat diese verfassungswidrige Konstruktion erfunden und sie dann dem Rest in den Koalitionsverhandlungen aufgeschwatzt. Sollte er sich langsam nicht einmal wirklich der Öffentlichkeit erklären, so, wie die Opposition das jetzt fordert – per Regierungserklärung beispielsweise?

Mast: Na, Herr May, noch mal, wir haben ja dann eine Sitzungswoche nächste Woche. Da wird es ganz sicher auch den Bundeskanzler im Plenum des Deutschen Bundestages geben und damit auch eine Debatte in der Öffentlichkeit mit dem Bundeskanzler. Aber ich will noch mal etwas bei Ihrer Fragethese ansetzen, denn von diesem Bundesverfassungsgerichtsurteil ist nicht nur der Bund betroffen, ist nicht nur diese Bundesregierung betroffen. Es war auch die letzte Bundesregierung davon betroffen. Es sind vor allen Dingen auch die Bundesländer betroffen. In fast allen Bundesländern gibt es ...

May: Absolut, umso schlimmer.

Mast: Na, lassen Sie doch meinen Gedanken gerne zu Ende machen. Zum Beispiel hat das CDU-geführte Schleswig-Holstein gestern eine Beschlussfassung dazu gemacht, zu ihrem eigenen Fonds, denn das Bundesverfassungsgericht hat ja gesagt, es ist in Ordnung in Krisenzeiten letztendlich zusätzlich Schulden aufzunehmen, um die Krisen zu überwinden, aber ihr müsst jährlich sagen, dass ihr noch mit dieser Krise zu tun habt. Und die Idee hinter diesen Fonds war ja eigentlich, dass man sagt – ich mache mal ein Beispiel – es gibt eine Naturkatastrophe, die hat ganz lange Auswirkungen auf Politik und den Bundeshaushalt. Und dann sagen wir einmal, wie viel Geld brauchen wir über viele Jahre und die stecken wir in einen Fonds und finanzieren dann die Folgen dieser Krise. Und das Bundesverfassungsgericht sagt jetzt,

das Schuldenaufnehmen, krisenbedingt, ist völlig in Ordnung, aber ihr müsst es jedes Jahr immer wieder tun und immer wieder neu beschließen. Damit müssen wir jetzt umgehen und das werden wir auch tun.

May: Das heißt, das ist jetzt der Plan B, auf den man nach einer Woche Grübeln gekommen ist? Man ruft nachträglich für 2023 eine Notlage aus, die man ganz offensichtlich 2023 ja nicht erkannt hat?

Mast: Na, die Expertenanhörung hat ja im Haushaltsausschuss des Bundestages verschiedene Dinge ergeben. Aber vielleicht sage ich auch noch mal, was im Klima- und Transformationsfonds drinsteckt. Da geht es ja darum, die Wirtschaft zu erneuern und die Arbeit der Zukunft zu organisieren und den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Und jetzt ist ja die Frage: Betrifft das nur diesen einen Fonds? Geht es auch um andere Fonds, zum Beispiel den Wirtschaftsstabilisierungsfonds? Darüber haben wir jetzt in der Krise – wir alle erinnern uns an den letzten Winter, wo wir nicht wussten, können wir heizen, haben wir genug Gas, haben die Strom- und Gaspreisbremsen gemacht, wo wir ja den Bürgerinnen und Bürgern viel Sicherheit gegeben haben, im Übrigen auch der Industrie. Und deshalb braucht es einfach noch mal Sorgfalt, die Dinge zu betrachten, um dann einen gesamten Haushalt zu verabschieden. Wenn es nach uns von der SPD geht, gerne dieses Jahr. Wir möchten ungern in die vorläufige Haushaltsführung. Es ist zwar kein Beinbruch, aber als selbstbewusste Parlamentarierin sage ich Ihnen, wir sind der Gesetzgeber und wir möchten ganz gerne, dass der Haushalt auch vom Gesetzgeber verabschiedet ist. Wir haben ja viel jetzt auch noch mal auf den Weg gebracht für die Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel die freiwilligen Dienst.

May: Das heißt, dann müssten sie jetzt die Notlage ausrufen für 2023 und für 2024, vorher gibt es keine Verabschiedung der Haushalte?

Mast: Na, noch mal, wir sind dazu im Gespräch. Ich verstehe, dass Sie da die Details wissen wollen heute Morgen, aber es hat ja einen Grund, weshalb wir die Verabschiedung des Bundeshaushaltes verschoben haben und vertagt haben. Und deshalb braucht es ein Gesamtkonzept. Da ist auch natürlich der Bundesfinanzminister gefordert, die offenen Fragen zu beantworten. Aber wir sind in der Koalition gewillt, gemeinsam dafür eine Lösung zu finden. Und ich bin auch zuversichtlich, dass uns

das gelingt. Das ist anspruchsvoll, herausfordernd, nicht leicht, aber dennoch, es geht ja um die wirtschaftliche Erneuerung und die Verantwortung für unser Land.

May: Wieso gibt es dieses Gesamtkonzept immer noch nicht? Das ist ja im Prinzip der Plan B, den alle fordern und alle gefordert haben. Experten haben immer gewarnt, das ist auf ganz, ganz, ganz wackeligen Füßen, dieses Konstrukt. Und jetzt stehen sie eine Woche nach dem Urteil – die Zeit drängt – immer noch nackt da und haben sich nicht auf einen Plan B einigen können.

Mast: Na, also die Expertenmeinungen sind ja sehr unterschiedlich. Auch die Anhörung im Haushaltsausschuss hat kein eindeutiges Bild ergeben, sowohl was „können wir den Haushalt wie geplant verabschieden, was sind die Instrumente, wie wir jetzt mit dem Gerichtsurteil umgehen“ ... Es ist ja auch noch nicht so alt und deshalb brauchen wir Sorgfalt vor Schnelligkeit und genau das werden wir auch tun.

May: Wo wollen sie denn jetzt die 60 Milliarden herbekommen?

Mast: Na ja, es sind ja nicht 60 Milliarden auf einmal, sondern der Klima- und Transformationsfonds ist ja über mehrere Jahre gebunden. Aber noch mal, es gibt auch Implikationen wahrscheinlich für andere Fonds und deshalb ist die Aufgabe größer als nur diese eine Frage, die Sie mir gerade stellen. Und die Reaktionen der Bundesländer zeigen ja auch, dass dort mit Hochdruck daran gearbeitet wird. Und es ist ja auch kein Zufall, dass sich sehr wenige Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zu diesem Thema zu Wort melden.

May: Okay, halten wir trotzdem fest, es fehlt ganz viel Geld. Sagen wir nicht 60 Milliarden. Sie haben das Geld angesprochen aus dem Wirtschaftstransformationsfonds. Es werden viele, viele, viele Milliarden fehlen und Sie haben jetzt nicht die Frage beantwortet, wo das Geld herkommen soll.

Mast: Na, es gibt ja verschiedene Wege. Einige gehen politisch einfacher und andere gehen politisch schwieriger. Ich fange mal an mit dem: Wir haben ja schon mal

beschlossen in dieser Koalition, gemeinsam mit FDP und Grünen, dass wir zur Bewältigung der Krisen, auch des Ukraine-Kriegs, Fonds befüllen und entsprechend die Transformation, die Zukunft der Arbeit gestalten und den Zusammenhalt. Jetzt sagt das Bundesverfassungsgericht, ihr könnt zwar das machen, aber ihr müsst es jedes Jahr beschließen. Das wäre die naheliegendste Lösung, dass wir dort zusammenfinden beispielsweise.

May: Also, dass jetzt jedes Jahr immer wieder eine Notlage sozusagen ausgerufen wird, für die nächsten zehn Jahre immer wieder eine Notlage und so wird dann die Schuldenbremse ausgehebelt?

Mast: Solange die Notlage begründbar ist. Und darauf muss man sich dann jedes Jahr ...

May: Aber die Transformation der Wirtschaft, das ist ja ...

Mast: Nein, darauf muss man sich dann jedes Jahr politisch einigen.

May: Gut, aber die Transformation der Wirtschaft, das ist ja jetzt eine Aufgabe für die nächsten zehn Jahre, vielleicht für die nächsten Jahrzehnte. Das wird ja beispielsweise die FDP niemals mitmachen, jetzt Jahr für Jahr eine Notlage auszurufen und so, ja, die Schuldenbremse auszutricksen. Ganz abgesehen davon, ob sich das Bundesverfassungsgericht darauf einlassen wird.

Mast: Na ja, Sie sprechen von Trickseriei. Das halte ich für schwierig. Aber das ist Ihre Wortwahl. Das ist nicht meine. Es geht darum, die großen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Und ich will noch mal betonen, diese Bundesregierung hat in vielen krisenhaften Situationen gemeinsam Mehrheiten gefunden, um das Land voranzubringen. Nicht nur nach Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg, indem wir die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt haben, indem wir dafür gesorgt haben, dass die Menschen von Preissteigerungen nicht so stark betroffen sind, wie es war. Sondern auch im notwendigen Reformstau, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien

und vielen weiteren Dingen der Planungsbeschleunigung. Und wir werden die Kraft aufbringen, das auch bei diesem Thema zu tun.

May: Frau Mast, wir haben jetzt nur noch eine knappe Minute. Eine Frage habe ich noch. Was ist eigentlich mit der Idee der FDP: sparen? Zu verrückt für die SPD?

Mast: Nein. Am Ende wird es wahrscheinlich ein Gesamtkonzept mit einem Mix geben, aber da bringt es auch nichts, wenn in der Öffentlichkeit jeden Tag in Talkshows irgendwelche Einzelinstrumente, wie von Friedrich Merz artikuliert, werden. Sondern es geht darum, den Zusammenhalt zu organisieren. Merz will zum Beispiel das Gebäudeenergiegesetz rückabwickeln. Das heißt doch im Endeffekt, die Energiepreise werden massiv steigen und die Menschen werden alleingelassen mit der Frage von klimaneutralen Heizungen. Das kann ja wohl nicht die Antwort sein in einem Land, das vor großen Herausforderungen steht. Und ich will die Menschen, wir wollen die Menschen mit diesen Fragen nicht alleine lassen. Und deshalb bringen diese Debatten nichts. Wir werden ein Gesamtkonzept als Koalition vorlegen.

May: Sagt Katja Mast, parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Frau Mast, vielen Dank für das Gespräch.

Mast: Vielen Dank.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.